

6. Zusammenfassung

- (1) Nach einem außerordentlich polarisierenden Wahlkampf und einer starken Mobilisierung der Wählerschaft führte die baden-württembergische Landtagswahl am 27. März 2011 zum Ende einer seit 58 Jahre bestehenden Dominanz der CDU. Die Christdemokraten verteidigten zwar ihre Position als stärkste politische Kraft im Lande. Auf Grund der starken Stimmenverluste beider Regierungsparteien konnte die bisherige Koalition aus CDU und FDP aber nicht fortgesetzt werden. Die Grünen wurden mit einem starken Zuwachs an Wählerstimmen zweitstärkste Fraktion im Landtag, die SPD musste sich bei erneuten Stimmenverlusten mit dem dritten Platz in der Wählergunst zufrieden geben.
- (2) Wie im Wahlkampf angekündigt, verständigten sich die Grünen und die SPD auf die Bildung einer Regierung und wählten *Winfried Kretschmann* zum ersten grünen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik.
- (3) Maßgeblich für den Machtwechsel war eine weit verbreitete Wechselstimmung, die ihre Entsprechung in der Bewertung der personellen Angebote der Parteien, in den dominierenden Themen und der den Parteien zugewiesenen Problemlösungskompetenz fand. Niemals zuvor in der Geschichte des Landes war die CDU mit einem so unpopulären Spitzenkandidaten angetreten wie mit dem Ministerpräsidenten *Stefan Mappus*. Seine beiden Konkurrenten *Nils Schmid* und *Winfried Kretschmann* waren zwar einem großen Teil der Wähler unbekannt, erzielten aber bei denen, die sie kannten, gute Bewertungen. Zudem wurde die politische Agenda nicht von wirtschaftspolitischen Themen bestimmt, die die CDU stets als ihre ureigensten reklamieren konnte. In Fragen der Atomenergiepolitik fühlten sich die Wähler vor allem den Grünen nahe, bei Stuttgart 21 standen sich gleichgroße Gruppen von Befürwortern der Position der CDU und der Grünen gegenüber.

Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 22. Mai 2011: Triumph für Rot-Grün, „Abwahl“ der Opposition

Lothar Probst

Im Reigen der sieben Landtagswahlen im Superwahljahr 2011 spielte die Bürgerschaftswahl am 22. Mai in Bremen eher eine untergeordnete Rolle. Außerhalb Bremens dominiert bei nicht wenigen Beobachtern die Wahrnehmung, dass es sich eigentlich eher um eine Kommunal- als um eine Landtagswahl handle. Wahlen im Zwei-Städte-Staat an der Weser genießen vor diesem Hintergrund im Rest der Republik in der Regel nur wenig Aufmerksamkeit.¹ Dass die Bürgerschaftswahl 2011 dennoch eine gewisse Beachtung fand, war dem

1 Vgl. *Lothar Probst* (Hrsg.), *Politische Institutionen, Wahlen und Parteien in Bremen, Münster 2011*, S. 3.

Wahltermin am 22. Mai geschuldet, der ziemlich genau in der Mitte aller Wahltermine des Superwahljahres lag.

1. Die Ausgangslage

Die letzte Bürgerschaftswahl 2007 hatten SPD und Grüne bei einer geringen Wahlbeteiligung von 57,5 Prozent souverän für sich entscheiden können. Zwar hatten die Sozialdemokraten nach zwölf Jahren Großer Koalition Federn lassen müssen und waren von 42,3 auf 36,7 Prozent zurückgefallen, aber die Grünen hatten aus der Opposition heraus mit 16,5 Prozent ein herausragendes Ergebnis erzielt. Die CDU, vormals Koalitionspartner der SPD, war dagegen auf nur noch 25,6 Prozent abgestürzt. Zu den Gewinnern der Wahl 2007 gehörte die Linke, die erstmals seit ihrem Zusammenschluss aus WASG und PDS mit einem beachtlichen Ergebnis von 8,4 Prozent in das Parlament eines westdeutschen Bundeslandes einziehen konnte. Außer SPD, CDU, Grünen und der Linkspartei erzielten auch FDP, die Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) und die Deutsche Volksunion (DVU) Mandate. Während die FDP (6,0 Prozent) zum ersten Mal seit drei Wahlperioden wieder in Fraktionsstärke den Sprung in die Bürgerschaft schaffte, konnten sowohl die Wählervereinigung BIW als auch die DVU dank einer Besonderheit des Bremer Wahlrechts in Bremerhaven jeweils einen Sitz gewinnen.²

Mit sieben Parteien beziehungsweise Wählervereinigungen in der Bürgerschaft hatte die Fragmentierung des Parteiensystems gegenüber der vorherigen Wahlperiode mit nur drei Parteien deutlich zugenommen. Aufgrund der Stärkeverhältnisse stellte die Regierungsbildung dennoch kein Problem dar, weil SPD und Grüne mit 46 von 83 Sitzen zusammen über eine komfortable Mehrheit verfügten. Mit ihrem deutlich verbesserten Stimmergebnis konnten die Grünen sowohl im Koalitionsvertrag als auch bei der Ressortverteilung eigene Akzente setzen. Ein Novum war in diesem Zusammenhang die Besetzung des gewichtigen Finanzressorts mit der grünen Spitzenkandidatin *Karoline Linnert*. Obwohl es in den Koalitionsverhandlungen zu einigen Dissonanzen wegen des geplanten Baus eines Kohlekraftwerks und der Weservertiefung kam, gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen ziemlich harmonisch. Vor allem das Gespann an der Spitze der Koalition aus *Jens Böhrnsen*, der 2005 die Nachfolge von *Henning Scherf* angetreten hatte, und *Karoline Linnert* sorgte für eine vertrauensvolle Kooperation. Nur hin und wieder aufflammende Konflikte zwischen dem von der SPD geführten Wirtschaftressort und dem von einem grünen Senator verwalteten Ressort für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa störten ein wenig die Harmonie zwischen den Koalitionspartnern.³ Streitpunkte waren unter anderem die Ausweitung von Tempo-30-Zonen und die Einführung einer Umweltzone in der Bremer Innenstadt.

Mitten in die Wahlperiode fiel die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, von der Bremen, mit seinen Häfen einer der führenden Logistikstandorte der Bundesrepublik, be-

- 2 Für die beiden Wahlbereiche Bremen und Bremerhaven gilt jeweils getrennt die Fünfprozent-sperreklause. Das Überspringen der Hürde in einem der beiden Wahlbereiche genügt, um Mandate im Landesparlament zu erzielen.
- 3 Vgl. *Wigbert Gerling*, Bei Rot-Grün fliegen die Fetzen, in: *Weser Kurier* vom 10. September 2009, S. 7.

sonders hart getroffen wurde. Sowohl die drastisch zurückgehenden Exporte als auch die schrumpfende Konjunktur wirkten sich auf den Hafenumschlag und die Arbeitslosenzahlen aus. Die abnehmenden Steuereinnahmen entpuppten sich als schwere Hypothek für Bremen, das bereits beim Antritt der Koalition auf einem Berg von circa 14 Milliarden Euro Schulden saß. Für 2010 musste die Finanzsenatorin neben jährlichen Schulden in Höhe von 700 Millionen Euro zusätzliche Steuereinbußen von 84 Millionen Euro einplanen.⁴ Dank der von der Bundesregierung aufgelegten Konjunkturprogramme, von denen auch Bremen profitierte, konnte der Senat die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch einigermaßen abfedern. Bereits im Laufe des Jahres 2010 zeigten sich deutliche Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung. Eine wirksame Entspannung auf dem Arbeitsmarkt blieb allerdings zunächst aus. Nach Angaben der Arbeitnehmerkammer Bremen leben im kleinsten Bundesland fast 100.000 Bürger in sogenannten Bedarfsgemeinschaften und sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen.⁵ Während der gesamten Wahlperiode konnte der rot-grüne Senat bei der Bekämpfung der wachsenden sozialen Spaltung der Stadt in arme und reiche Viertel kaum Erfolge vorweisen, obwohl diese Aufgabe einen prominenten Platz im Koalitionsvertrag einnahm.

2. Der Wahlkampf

Themen, mit denen sich die Oppositionsparteien im Wahlkampf hätten profilieren können, gab es also mehr als genug. Auch das Thema Bildung wurde in Bremen bei früheren Wahlkämpfen immer wieder kontrovers diskutiert, zumal die Hansestadt an der Weser bei den PISA-Studien regelmäßig auf den hintersten Plätzen landet. In den letzten sechs Monaten vor der Wahl, einem Zeitraum, in dem die Angriffe auf die Regierung normalerweise forciert werden, waren die Oppositionsparteien in Bremen jedoch durch die Bank mehr mit sich selbst beschäftigt als mit der Regierung. Vor allem die CDU als stärkste Oppositionspartei bot ein Bild der Zerrissenheit.⁶ Die Aufstellung der Kandidatenliste zur Bürgerschaftswahl war von wochenlangen Auseinandersetzungen begleitet, in denen es zu Austritten aus der CDU und zu Überläufern zu anderen Parteien kam.⁷ Die Art und Weise, in der der Landesvorsitzende *Thomas Röwekamp* die Partei personell und inhaltlich in den Wahlkampf führen wollte, war in der Landesorganisation höchst umstritten. 55 Prozent der Wähler stimmten in einer Umfrage von Infratest dimap der Aussage zu, dass die Bremer CDU „zu zerstritten ist, um regieren zu können“⁸. Angesichts dieser Turbulenzen konnte auch die von den Christdemokraten zum ersten Mal als Spitzenkandidatin gekürte *Rita Mohr-Lüllmann*, bis zu diesem Zeitpunkt stellvertretende Landes- und Fraktionsvorsitzen-

4 Pressemitteilung der Pressestelle des Bremer Senats vom 6. Mai 2010, 7. Ausgabe: Mai Steuer-schätzung – dramatische Einbrüche bei Steuereinnahmen.

5 Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.), Bericht zur sozialen Lage 2009, Bremen 2009, S. 11.

6 Vgl. *Lothar Probst*, Die Opposition als Zuschauer, Gastbeitrag im Weser Kurier vom 6. November 2010, S. 10.

7 Vgl. *Wigbert Gerling*, Nach Schrörs fällt auch Rohmeyer. Aufstellung der CDU-Kandidaten für die Bürgerschaftswahl sorgt erneut für Gesprächsstoff, in: Weser Kurier vom 27. Oktober 2010, S. 7.

8 Infratest dimap, LänderTREND. Bremen Mai 2011, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/bremen/laendertrend/2011/mai/> (Abruf am 19. Mai 2011).

de, nicht an Profil gewinnen. Nicht sehr viel anders erging es der FDP. Von Beginn der Wahlperiode an bestimmten interne Konkurrenzverhältnisse und Intrigen die Auseinandersetzungen in der fünfköpfigen Fraktion.⁹ Der Supergau folgte kurz vor der Wahl, als der bis zu diesem Zeitpunkt amtierende Fraktionsvorsitzende *Uwe Wolthemath* seinen Austritt aus der Fraktion und später auch aus der Partei verkündete, um mit einer eigenen Wählervereinigung (Bremer Bürgerliste – BBL) anzutreten.¹⁰ Die FDP verlor dadurch wenige Wochen vor der Wahl ihren Fraktionsstatus und damit auch den Anspruch auf die Gelder, die ihr als Fraktion zustanden. Als Spitzenkandidat trat der 2009 zum Landesvorsitzenden gewählte *Oliver Möllenstedt* an.

Die Linke schließlich, als dritte Oppositionspartei mit Fraktionsstatus, stand CDU und FDP in Bezug auf interne Konflikte in nichts nach. Seit ihrem Einzug in die Bürgerschaft machte die siebenköpfige Fraktion vor allem durch Verbalattacken untereinander und durch fortwährende Streitigkeiten zwischen einem Teil der Fraktion und der Landesorganisation von sich reden. Ein halbes Jahr vor der Wahl trat die kurdischstämmige Abgeordnete *Şirvan-Latifah Çakici* aufgrund der Zustände in der Partei aus der Fraktion aus und wechselte kurze Zeit später zur SPD. Unter keinem guten Stern stand auch die Kandidatenaufstellung, bei der einige Mitglieder von „gekauften“ Stimmen sprachen.¹¹ Von einer Ausnahme abgesehen wurden auf den ersten Listenplätzen neue Kandidaten aufgestellt und die bisherigen Abgeordneten nicht berücksichtigt. Zur Spitzenkandidatin wurde *Kristina Vogt* gekürt.

Die Oppositionsparteien von rechts bis links hinterließen also vor der Wahl den Eindruck eines heillosen Chaos in ihren eigenen Reihen. Dadurch rechneten sich neue Wählervereinigungen und Gruppierungen im Mini-Elektorat Bremen Chancen für den Gewinn von Mandaten aus. Unterstützt von einem Teil der Bremer Wirtschaft formierte sich einige Monate vor der Wahl die Bremer und Bremerhavener Wählergemeinschaft (B + B). Sie hoffte, von CDU und FDP enttäuschte bürgerliche Wähler anzuziehen, aber auch Nichtwähler und Wähler aus den Reihen der SPD.¹² Als Modell stand die Wählervereinigung Arbeit für Bremen und Bremerhaven Pate, die bei der Bürgerschaftswahl 1995 aus dem Stand zehn Prozent der Stimmen gewonnen hatte. Des Weiteren spekulierten die zum ersten Mal bei einer Bürgerschaftswahl in Bremen antretende Piratenpartei und die neu gegründete Bremer Integrationspartei (BIP), von türkischstämmigen Bremern gegründet, auf Mandate. In beiden Wahlbereichen Bremens traten außerdem noch BIW, die NPD und die Rentnerinnen und Rentner Partei (RRP) an.

Da sich die ernstzunehmenden Oppositionsparteien das Leben selbst schwer machten, konnten SPD und Grüne der Wahl relativ entspannt entgegensehen. Mit ihren beiden Spitzenkandidaten *Böhrnsen* und *Linnert* schickten sie zudem zwei lokale Schwergewichte in die Wahlkampfarena. Vor allem die SPD warb mit dem Profil, der Kompetenz und der Beliebtheit ihres Bürgermeisters und schnitt den Wahlkampf auf ihn zu. *Böhrnsen* war im Laufe der Wahlperiode immer mehr in die Fußstapfen von *Henning Scherf* getreten und

9 Vgl. *Lothar Probst*, a.a.O. (Fn. 6), S. 10.

10 Vgl. *Teresa Havlicek*, Liberale in der Auflösung, in: taz.Bremen vom 11. Januar 2011, S. 24.

11 Vgl. *Frank Miener*, Angebote zum Stimmenkauf? Grabenkämpfe in der Linkspartei, in: Weser Kurier vom 16. Februar 2011, S. 9.

12 Vgl. *Wigbert Gerling*, Wählergemeinschaft B + B will zur Wahl antreten, in: Weser Kurier vom 27. Januar 2011, S. 9.

konnte – auf seine Art – an dessen frühere Popularitätswerte anschließen. Dabei kam ihm 2010 der Rücktritt von Bundespräsident *Horst Köhler* zur Hilfe, den er in seiner Funktion als Bundesratspräsident bis zur Wahl eines neuen Bundespräsidenten vertreten musste. Er füllte diese Aufgabe in einer sachlichen Bescheidenheit aus, die ihm auch bundesweit viele Sympathien einbrachte und bis nach Bremen zurückstrahlte.¹³ Aber auch die grüne Spitzenkandidatin und Finanzsenatorin hatte während der Regierungszeit an Profil gewonnen. Die Schulden waren zwar unter ihrer Ägide, nicht zuletzt aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, stärker als in den Vorjahren gestiegen, aber ihr größter Pluspunkt war, dass sie mehr Transparenz in das Gestrüpp von Schattenhaushalten brachte, die unter der Großen Koalition Blüten getrieben hatten.

An der Absicht, ihr Regierungsbündnis nach der Wahl fortzusetzen, ließen SPD und Grüne keinen Zweifel aufkommen. Allerdings wurde vor der Wahl deutlich, dass sich die beiden durchaus auch als Konkurrenzparteien betrachteten. *Jens Böhrnsen* betonte vor der Wahl mehrfach, dass Bremen mit einem der größten Werke des Automobil-Konzerns Mercedes-Benz in Europa eine „Autostadt“ sei und bleiben werde.¹⁴ Dieses Bekenntnis wurde als eine klare Abgrenzung zu den Grünen verstanden, die in ihrem Wahlprogramm die Fortsetzung einer ökologischen Verkehrspolitik zu einem Schwerpunkt gemacht hatten. Ansonsten unterstrichen SPD und Grüne in ihren Wahlprogrammen, dass die Bekämpfung der sozialen Spaltung der Stadt, der Ausbau der Kinderbetreuung und die weitere Förderung von Bildung und Wissenschaft zentrale Zukunftsaufgaben bleiben würden. Auch der Bekämpfung der Schuldenlast wurde eine hervorgehobene Rolle eingeräumt. Schließlich hatte sich der Senat 2009 im Zuge der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Aufnahme einer Schuldenbremse ins Grundgesetz verpflichtet, ab 2011 jährlich 120 Millionen Euro einzusparen, um bis zum Jahr 2020 einen Haushalt ohne weitere Kreditaufnahme zur Bestreitung der Primärausgaben vorlegen zu können. Im Gegenzug hatten Bund und Länder zugesagt, Bremen bis 2019 pro Jahr 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfen zu zahlen, wenn diese Vorgabe eingehalten wird.

Angesichts der Bedeutung der Verschuldung Bremens für die politischen Handlungsspielräume war die Finanzpolitik sowohl für CDU und FDP als auch für die Linke und die Bremer und Bremerhavener Bürgerliste (B + B) ein zentrales Wahlkampfthema, um die Politik des rot-grünen Senats anzugreifen – allerdings unter unterschiedlichen Vorzeichen. CDU und FDP kritisierten vor allem fehlende Sparanstrengungen des Senats in der vergangenen Wahlperiode und wiesen auf die überproportional angestiegenen Schulden seit Antritt der Regierung hin. Nachdem die CDU bereits im Juni 2010 den Senat vergeblich aufgefordert hatte, auch in der Bremischen Landesverfassung eine Schuldenbremse zu verankern, bereiteten die Christdemokraten zusammen mit der FDP im März 2011 eine Klage vor dem Bremer Staatsgerichtshof gegen den Haushalt 2011 vor.¹⁵ Zu diesem Zeitpunkt war allerdings klar, dass der Staatsgerichtshof vor der Wahl dazu keine Entscheidung treffen würde. Insofern verpuffte diese Ankündigung ziemlich schnell und entfaltete keine mobili-

13 Vgl. *Robert von Lucius*, Jens Böhrnsen – der Stille aus dem Norden, in: FAZ vom 31. Mai 2010, S. 5.

14 Vgl. *Volker Junck*, Endspurt für die Kandidaten, in: Weser Kurier vom 14. Mai 2011, S. 8.

15 Vgl. *Michael Brandt*, CDU und FDP klagen gegen Bremer Haushalt, in: Weser Kurier vom 18. März 2011, S. 1. Im August 2011 hat der Staatsgerichtshof in Bremen die Klage gegen den Landshaushalt 2011 abgewiesen, vgl. Az. St 1/11 vom 24. August 2011.

sierende Wirkung unter den eigenen Anhängern. Die Linke und B + B kritisierten im Unterschied zu CDU und FDP, dass der Senat mit seinen eingegangenen Sparverpflichtungen Bremen „kaputt“ sparen würde. Die Linke malte in erster Linie die sozialen Auswirkungen des strikten Sparkurses an die Wand, während B + B davor warnte, dass der Senat die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des kleinsten Bundeslandes aufs Spiel setze und den Spielraum für wirtschaftliche Investitionen unverantwortlich einschränke.

Unter dem Strich gelang es keiner der Oppositionsparteien, den Wahlkampf mit eigenen Themen zu politisieren. Die Finanzpolitik mit ihren vielen komplexen Facetten eignete sich kaum als Angriffsfläche für einen Senat, der mit der Verpflichtung, 120 Millionen Euro pro Jahr ab 2011 einzusparen, seinen Sparwillen unter Beweis gestellt hatte. Die Bildungspolitik konnte von der CDU nicht zum Wahlkampfthema gemacht werden, weil sie sich mitten in der Wahlperiode zur Befriedung der langjährigen Auseinandersetzungen um die verschiedenen Schulformen mit den Regierungsparteien auf einen Bildungskonsens geeinigt hatte.¹⁶ Angesichts des Zustandes der Opposition fehlte vor der Wahl jegliche Wechselstimmung. Die internen Konflikte der Oppositionsparteien, die verwirrende Anzahl von neuen und alten Wählervereinigungen mit ähnlichen Namen wie B + B, BBL, BIP und BIW sowie die Tatsache, dass die erst ein halbes Jahr vor der Wahl zur Spitzenkandidatin der CDU gekürte *Rita Mohr-Lüllmann* im Wahlkampf relativ blass blieb und zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd an die Popularitäts- und Kompetenzwerte von Bürgermeister *Böhrnsen* heranreichte, führten dazu, dass die Bürger die Wahl schon Wochen vor dem 22. Mai „gedanklich abgehakt hatten“¹⁷ und davon ausgingen, dass Rot-Grün auch die nächste Regierung stellen werde. Sie wurden in dieser Haltung in den Monaten vor der Wahl durch zwei seriöse Umfragen bestätigt, die einen klaren Vorsprung von SPD und Grünen signalisierten.¹⁸ Nach der Atomkatastrophe von Fukushima zeichnete sich kurz vor der Wahl sogar ab, dass die Grünen möglicherweise die CDU als zweitstärkste Kraft ablösen würden. Als daraufhin Spekulationen in den lokalen Medien über die Möglichkeit einer grün-schwarzen Koalition einsetzen, stellte die grüne Spitzenkandidatin umgehend klar, dass dies keine Option für die Grünen sei.

Aufgrund der klaren Ausgangssituation, die keinerlei Spannungsmomente versprach, stürzten sich politische Beobachter und Medien im Vorfeld der Wahl auf zwei Neuerungen im Bremer Wahlrecht: die Möglichkeit, wie in Hamburg, fünf Stimmen zu vergeben und diese beliebig zu kumulieren und zu panaschieren sowie die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Während die erste Neuerung auf ein 2006 initiiertes Volksbegehren zurückging, wurde die Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahre erst einige Monate vor der Wahl durch einen mehrheitlichen Beschluss der Bürgerschaft, getragen von den Fraktionen der SPD, Grünen und der Linken, ins Wahlgesetz eingefügt. Es wurde im Vorfeld der Wahl, auch unter den Bremer Parteien, viel darüber spekuliert, wie sich beide Neuerungen auf das Wahlergebnis auswirken würden.

16 Vgl. „Bildungskonsens bekommt Hochachtung“, in: Nordsee-Zeitung vom 28. Mai 2009, S. 3.

17 *Hans-Ulrich Brandt*, Experte: Wähler haben die Wahl gedanklich abgehakt, in: Weser Kurier vom 13. April 2011, S. 3.

18 In Telefonbefragungen ermittelte Emnid im Auftrag des FOCUS für die SPD 37, die CDU 22 und die Grünen 24 Prozent. Forsa, vom Weser Kurier beauftragt, sah SPD und CDU je einen Prozentpunkt stärker und die Grünen bei 22 Prozent. In beiden Umfragen rangierte die FDP bei vier, die Linke bei sieben Prozent; vgl. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/bremen.htm> (Abruf am 25. Oktober 2011).

3. Das Wahlergebnis

Angesichts der Vorzeichen, unter denen die Bürgerschaftswahl in Bremen stattfand, war das Ergebnis (siehe Tabelle 1) kaum noch eine Überraschung. Beide Regierungsparteien konnten bei einer schwachen Wahlbeteiligung von 55,5 Prozent hinzugewinnen und eroberten zusammen 57 von insgesamt 83 Sitzen. Das bedeutete eine Zweidrittelmehrheit für Rot-Grün in der neu gewählten Bürgerschaft. Außerdem gelang es den Grünen tatsächlich, die CDU auf den dritten Platz zu verweisen. Diesem Triumph von Rot-Grün stand, wenn man es paradox formulieren will, die „Abwahl“ der drei Oppositionsparteien CDU, FDP und Linke gegenüber, die zusammen 11,6 Prozentpunkte einbüßten und nur noch 28,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten. Die FDP fiel mit 2,4 Prozent in die Bedeutungslosigkeit und die CDU auf ihr schlechtestes Wahlergebnis bei einer Bürgerschaftswahl in den letzten 50 Jahren zurück.

Tabelle 1: Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Bremen am 22. Mai 2011 im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 (BTW 2009) und zur Bürgerschaftswahl 2007 (Stimmenergebnis und Sitzverteilung)

	Bürgerschaftswahl 2011*			BTW 2009**	Bürgerschaftswahl 2007	
	Anzahl	%	Sitze	%	%	Sitze
Wahlberechtigte	494.167					
Wähler	274.123	55,5	83	70,3	57,5	83
Gültige Stimmen	1.309.355					
SPD	505.348	38,6	36	30,3	36,7	32
CDU	266.483	20,4	20	23,9	25,6	23
Grüne	293.993	22,5	21	15,4	16,5	14
Linke	73.769	5,6	5	14,3	8,4	7
FDP	31.176	2,4	–	10,6	6,0	5
BIW	48.530	3,7	1	–	0,8	1
BBL	5.439	0,4	–	–	0,1	–
Dialog Grundeinkommen	5.136	0,4	–	–	–	–
B + B	12.379	0,9	–	–	–	–
BIP	4.534	0,3	–	–	–	–
Freie Wähler	2.437	0,2	–	–	–	–
Für Bremerhaven	1.981	0,2	–	–	–	–
NPD	20.470	1,6	–	1,1	–	–
Piraten	24.935	1,9	–	2,4	–	–
PdB	1.303	0,1	–	–	–	–
RRP	11.442	0,9	–	1,2	–	–
DVU	–	–	–	0,3	2,7	1
Sonstige	–	–	–	0,8	3,2	–

Abkürzungen der nicht im Landtag vertretenen Parteien: FDP = Freie Demokratische Partei; BBL = Bremer und Bremerhavener Bürger Liste; Dialog Grundeinkommen = Bremer Dialog – Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen; B + B = Bremer und Bremerhavener Wählergemeinschaft; BIP = Bremische Integrations-Partei Deutschlands; NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Piraten = Piratenpartei Deutschland; PdB = Protest der Bürger; RRP = Rentnerinnen und Rentner Partei; DVU = Deutsche Volksunion.

* Listen- und Personenstimmen.

** Zweitstimmenergebnis.

Quelle: Der Landeswahlleiter Bremen, Statistisches Landesamt Bremen.

Aus der Perspektive der Wahlforschung ist bemerkenswert, dass sowohl SPD als auch Bündnis 90/Die Grünen aus der Regierung heraus noch einmal deutlich zulegen konnten. Das gelang keiner anderen Regierungskoalition bei Landtagswahlen seit 2010. Entweder gingen beide Koalitionsparteien mit Verlusten aus den entsprechenden Wahlen hervor (wie in NRW, Hamburg und Baden-Württemberg) oder zumindest eine Regierungspartei (wie in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin). Des Weiteren war das Wahlergebnis Ausdruck einer Entwicklung, die sich bereits bei den vorherigen Landtagswahlen 2011 abgezeichnet hatte – nämlich das vorläufige Ende des Trends zum Fünfparteiensystem. Von den 14 zur Wahl zugelassenen Parteien in Bremen schafften nur vier den Sprung über die Fünfprozenthürde, wenn man vom Sonderfall BIW absieht, die im Wahlbereich Bremerhaven, wie schon 2007, die Fünfprozenthürde überspringen und ein Mandat erringen konnte. Durch die gegenwärtige elektorale Schwäche der FDP, aber auch der Partei Die Linke haben sich im Superwahljahr die parteipolitischen Konstellationen verschoben. Entweder stagnierte die Anzahl der Parteien, die in die Landtage einzogen (Dreiparteienparlament in Rheinland-Pfalz, Vierparteienparlament in Baden-Württemberg

<i>Tabelle 2: Wahlentscheidung in sozialen Gruppen (Zeilenprozent)</i>						
	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	BIW
Gesamt	38,6	20,4	22,5	5,6	2,4	3,7
Geschlecht						
männlich	37	21	21	6	3	4
weiblich	40	20	24	5	2	3
Alter						
16 bis 24 Jahre	30	14	30	7	2	4
25 bis 34 Jahre	32	17	29	6	3	4
35 bis 44 Jahre	33	17	29	6	2	4
45 bis 59 Jahre	38	16	27	7	2	4
60 Jahre und älter	46	28	12	4	3	3
Bildung						
hoch	32	19	32	6	3	2
mittel	41	23	17	6	3	5
niedrig	49	20	13	5	2	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	45	11	18	8	1	7
Angestellte	37	17	29	5	2	4
Beamte	36	15	30	8	2	2
Selbstständige	22	31	32	5	4	1
Rentner	46	28	12	3	2	3
Arbeitslose	37	14	20	10	3	5
Gewerkschaftlich organisiert						
Mitglied	49	11	19	8	1	4
organisierter Arbeiter	51	7	15	8	1	7
Nicht-Mitglieder	36	23	24	5	3	4
Konfession						
evangelisch	41	21	21	4	2	4
katholisch	33	32	18	4	4	4
keine / andere	37	16	26	9	2	3
Quelle: Infratest dimap, Wahlanalyse Bremen vom 22. Mai 2011 (ARD/Infratest dimap, Wahltagsbefragung).						

und Sachsen-Anhalt) oder schrumpfte sogar (Bremen). Dort, wo es beim Fünfparteienparlament geblieben ist, hat sich das Spektrum der erfolgreichen Parteien außerdem weiter ausdifferenziert. In Mecklenburg-Vorpommern konnte sich die NPD als fünfte Partei behaupten, in Berlin sind die Piraten als fünfte Partei an die Stelle der FDP getreten.

Analysiert man die Wahlentscheidung in Bremen unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten (siehe Tabelle 2) fällt auf, dass der Vorsprung von SPD und Grünen gegenüber CDU und FDP unter den weiblichen und jüngeren Wählern noch sehr viel deutlicher ausfällt, als es das Gesamtergebnis widerspiegelt. Der Stimmenanteil der beiden Parteien bei Frauen liegt bei 64 Prozent und bei den Wählern zwischen 16 und 24 Jahre bei 60 Prozent (im Vergleich: CDU und FDP erhielten bei den Jungwählern dieser Altersgruppe zusammen gerade einmal 16 Prozent). Unter den 16- und 17-Jährigen, die zum ersten Mal wählen durften, kamen die Grünen auf 32 und die SPD auf 28 Prozent. Die CDU landete weit abgeschlagen bei zwölf Prozent. Ihre stärkste elektorale Unterstützung erfuhr die SPD bei den über 60-Jährigen, bei den niedrig Gebildeten sowie bei den Arbeitern und Rentnern. Während die hohe Anzahl der gebildeten Wähler bei den Grünen kaum überrascht, ist bemerkenswert, dass sie unter den Selbstständigen zur stärksten Partei aufgestiegen sind. Aber auch bei Arbeitern und Arbeitslosen können sie ihre Stimmenanteile gegenüber der Bürgerschaftswahl 2007 deutlich verbessern. Die CDU erreichte nur noch bei den über 60-Jährigen, den Selbstständigen und den Katholiken überdurchschnittliche Stimmenanteile, und die Linke liegt lediglich unter den Arbeitslosen deutlich über ihrem Durchschnitt. Bürger in Wut erfuhren bei Arbeitern und niedrig Gebildeten am meisten Zuspruch.

Einen erheblichen Anteil an dem guten Abschneiden der SPD, die sich gegenüber der vorherigen Wahl um knapp zwei Prozentpunkte verbessern konnte, hatte ihr Spitzenkandidat *Böhrnsen*. Sowohl die evaluative Bewertung seiner Arbeit als Präsident des Senats als auch die Eigenschaftszuschreibungen fallen in allen Belangen um ein Vielfaches besser aus als bei seiner Herausforderin *Rita Mohr-Lüllmann* (siehe Tabelle 3). Fast 70 Prozent aller Wähler waren mit *Böhrnsens* Arbeit sehr zufrieden beziehungsweise zufrieden. Seine Sympathiewerte sind um ein Fünffaches höher als die der CDU-Kandidatin. Auch der Vergleich bei der

Tabelle 3: Kandidatenorientierungen (Angaben in Prozent)

	<i>Böhrnsen</i> (SPD)	<i>Mohr-Lüllmann</i> (CDU)	<i>Linnert</i> (Grüne)	<i>Vogt</i> (Linke)	<i>Möllenstädt</i> (FDP)
1) Mit Arbeit sehr zufrieden / zufrieden	69	16	38	10	9
Mit Arbeit weniger / gar nicht zufrieden	16	27	24	14	28
2) Allgemeine Bewertung (Skala von -5 bis +5)	2,6	0,2	1,5	–	–
3) Eigenschaftszuschreibungen*					
glaubwürdiger	36	4	–	–	–
sympathischer	42	8	–	–	–
mehr Sachverstand	34	4	–	–	–
4) Direktwahl <i>Böhrnsen</i> vs. <i>Linnert</i> **	66	–	18	–	–
Direktwahl <i>Böhrnsen</i> vs. <i>Mohr-Lüllmann</i> **	70	12	–	–	–

* Fehlende Werte: kein Unterschied.

** Zu 100 Prozent fehlende Werte: Für keinen von beiden / Kenne ... nicht / Weiß nicht / Keine Angabe.

Quellen: Infratest dimap, Wahlanalyse Bremen vom 22. Mai 2011 (ARD/Infratest dimap, Wahltagsbefragung); Forschungsgruppe Wahlen, Bürgerschaftswahl in Bremen am 22. Mai 2011 (Blitz).

Tabelle 4: Wahlmotive: Kandidat, Sachkompetenz oder Parteibindung (Angaben in Prozent, in Klammern Veränderung zu 2007)

	Alle	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
Kandidaten	21 (+3)	31 (+0)	21 (+5)	13 (+5)	8 (+1)	12 (+3)
Lösungsvorschläge	51 (-1)	40 (+8)	46 (-4)	64 (-8)	69 (-12)	54 (-14)
Parteibindung	24 (-1)	28 (-5)	28 (-0)	22 (+4)	16 (+8)	23 (+5)

Quelle: Infratest dimap, Wahlanalyse Bremen vom 22. Mai 2011 (ARD/Infratest dimap, Wahltagsbefragung).

Tabelle 5: Parteikompetenzen (Angaben in Prozent)

Welche Partei löst die Probleme am besten ...	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
Finanzen	26	24	10	–	–
Arbeitsplätze	37	22	8	–	–
Schule / Bildung	28	18	19	–	–
Verkehr	28	18	22	–	–
Wirtschaft	37	17	7	–	–
Kriminalität	30	22	4	–	–

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Bürgerschaftswahl in Bremen 22. Mai 2011 (Blitz).

Frage, wem man bei einer Direktwahl seine Stimme geben würde, fällt mit 70 Prozent zu zwölf Prozent überdeutlich zu seinen Gunsten aus. Ein weiterer Hinweis auf die überragende Rolle, die *Böhrnsen* gespielt hat, waren die Personenstimmen, die er nach dem neuen Wahlrecht auf sich vereinen konnte. 62 Prozent aller für Kandidaten der SPD abgegebenen Personenstimmen entfielen auf ihn (in absoluten Zahlen 143.807).

Bemerkenswert ist, dass sich nach der Umfrage von Infratest dimap auch 38 Prozent der Wähler mit der Arbeit der grünen Spitzenkandidatin *Karoline Linnert* zufrieden zeigten – für eine Finanzsenatorin in einem Schuldenland ein erstaunlich gutes Ergebnis.

Trotz der positiven persönlichen Werte für die Spitzenkandidaten von SPD und Grünen spielen die Problemlösungs- und Sachkompetenz ihrer Parteien für die Wähler immer noch die ausschlaggebende Rolle (siehe Tabelle 4). Bei der SPD lag die Problemlösungskompetenz in der Bewertung der Wähler mit 40 Prozent deutlich vor der Orientierung am Spitzenkandidaten mit 31 Prozent. Sehr viel ausgeprägter war dieses Verhältnis bei den Grünen, der Linken und der CDU. Dort übertraf die Wahlentscheidung aufgrund der Lösungsvorschläge der Parteien die Kandidatenorientierung zum Teil um ein Vielfaches. Die größten Kompetenzzuschreibungen erhielt die SPD in den Bereichen „Arbeitsplätze“ und „Wirtschaft“ (siehe Tabelle 5). Offensichtlich ist die Strategie der Partei, ihr soziales Profil zusammen mit Wirtschaftskompetenz in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen, aufgegangen. Auch in allen anderen Kompetenzbereichen, selbst in der Finanzpolitik und in der Kriminalitätsbekämpfung, rangierte die SPD in der Wähler-Bewertung vor der CDU. Der auf die Finanzpolitik des Senats fokussierte Wahlkampf hat der CDU also keine Vorteile eingebracht. Den Grünen wurden die meisten Kompetenzen in der Verkehrs- sowie in der Schul- und Bildungspolitik zugesprochen.

4. Die Auswirkungen des neuen Wahlrechts auf das Wahlergebnis

Ein interessanter Aspekt für die Wahlforschung ist die Frage, wie sich das neue Bremer Wahlrecht mit fünf Stimmen und der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens auf das Wahlergebnis ausgewirkt hat. Die entsprechenden Effekte wurden von einer Projektgruppe der Universität Bremen mit Hilfe der Zahlen des Statistischen Landesamtes und einer eigenen Exit-Poll-Befragung am Wahltag genauer untersucht.¹⁹ Im Vorfeld der Wahl wurde von Vertretern der Politik befürchtet, dass das kompliziertere Wahlsystem einen negativen Einfluss auf die Wahlbeteiligung und die Zahl der ungültigen Stimmen ausüben werde.²⁰ Tatsächlich ging die Wahlbeteiligung um zwei Prozentpunkte zurück und fiel auf ein historisches Tief von 55,5 Prozent. Dieser Rückgang kann jedoch nicht kausal auf das neue Wahlrecht zurückgeführt werden.²¹ Anders sieht es bei der Anzahl der ungültigen Stimmen aus. Diese ist gegenüber der Bürgerschaftswahl 2007 von 1,4 auf 3,3 Prozent gestiegen. Allerdings ist nur ein Teil des Anstiegs ein Effekt des neuen Wahlrechts. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes Bremen gehen circa 40 Prozent der ungültigen Stimmen (in absoluten Zahlen: 3.655) auf das neue Wahlrecht zurück, indem Wähler mehr als fünf Stimmen vergeben haben.²² Der statistische Durchschnittswert für ungültige Stimmen ist aber nur bedingt aussagekräftig, weil die Wahlbeteiligung und die Anzahl der ungültigen Stimmen sehr stark mit der Statuszuordnung unterschiedlicher Ortsteile korrelieren. Mit dem Ansteigen der Zahl von Hartz-IV-Empfängern in statusschwachen Ortsteilen sinkt die Wahlbeteiligung und wächst die Anzahl der ungültigen Stimmen überproportional. Der niedrigste Wert der Wahlbeteiligung wurde in dem statusschwachen Ortsteil Tenever mit 38,2 Prozent erreicht. Hier liegt der Anteil der Transferhilfeempfänger bei circa 40 Prozent.²³ Darüber hinaus haben fast zwei Drittel der Bewohner Tenevers einen Migrationshintergrund. Im statusstarken Ortsteil Schwachhausen mit einer Transferhilfeempfängerquote von nur 4,7 Prozent lag die Wahlbeteiligung dagegen bei 74,3 Prozent, also fast doppelt so hoch. In statusschwachen Ortsteilen beträgt der Anteil ungültiger Stimmen des Weiteren bis zu sechs Prozent, in statusstarken Ortsteilen nur 1,5 Prozent.²⁴

Betrachtet man nur die Anzahl der gültigen Stimmen, ist die Ausschöpfungsquote, die anzeigt, wie viele Wähler von ihrer Möglichkeit, die jeweils zur Verfügung stehenden Stimmen voll einzusetzen, Gebrauch machen, mit 98,8 Prozent sehr hoch.²⁵ Nur ein verschwindend kleiner Anteil von 0,4 Prozent der Wähler hat lediglich eine Stimme auf dem Wahl-

19 Das Ergebnis dieser Untersuchung wird in einem ausführlichen Forschungsbericht für die Bremische Bürgerschaft veröffentlicht, der zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrages noch nicht gedruckt vorlag.

20 Aus diesem Grund fassten der Senat und die Bremische Bürgerschaft den Beschluss, im Vorfeld der Wahl eine Kommunikationskampagne zum neuen Wahlrecht durchzuführen. Dafür wurden 320.000 Euro bereitgestellt, von denen aber nur 195.000 Euro in Anspruch genommen wurden.

21 Die stärksten Rückgänge in der Wahlbeteiligung waren zwischen 1987 und 1999 noch in Zeiten des alten einfachen Wahlrechts mit einer Stimme für eine starre Landesliste zu verzeichnen.

22 Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistische Mitteilungen, Heft 113 (Wahlen im Land Bremen, 2011 Landtagswahl, Teil 1, Analysen und Tabellen), S. 25.

23 Vgl. Landeswahlleiter Bremen, Wahlatlas (Wahlergebnisse und Strukturindikatoren in den Ortsteilen der Stadt Bremen), http://www.statistik-bremen.de/Tabellen/Wahlen/WahlatlasBuerger-schaft2011_Strukturindikatoren/atlas.html (Abruf am 18. September 2011).

24 Vgl. ebenda.

25 Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 22), S. 25.

zettel angekreuzt. Auch die Möglichkeit zur direkten Personenwahl wurde in erheblichem Umfang wahrgenommen. Fast 41 Prozent aller Stimmen wurden als Personenstimmen abgegeben. Davon entfiel aber, wie an anderer Stelle bereits angemerkt, ein sehr hoher Anteil auf *Jens Böhrnsen*. Die Option zum Kumulieren und Panaschieren haben ebenfalls relativ viele Wähler genutzt. Circa 70 Prozent kumulierten ihre Stimmen auf Parteilisten oder Personen, und circa 30 Prozent haben sowohl kumuliert als auch panaschiert. Würde von der Möglichkeit des Kumulierens Gebrauch gemacht, wurden die Stimmen überwiegend auf die Landes- und/oder Personenliste derselben Partei angehäuft.²⁶ Wie von den Initiatoren des neuen Wahlrechts gewünscht, hat das Personenstimmrecht bei allen Parteien zum Teil zu starken Verschiebungen bei den Listenplatzierungen und der Sitzverteilung geführt. Nach Personenstimmen konnten im Extremfall Kandidaten auf den jeweiligen Landeslisten bis zu 41 Plätze gutmachen. Bei allen Parteien erzielten Bewerber aufgrund der Personenstimmen Mandate, die ihnen nach Listenplatz nicht zugestanden hätten.²⁷ Von diesem Effekt war aufgrund der hohen Personenstimmenzahl für *Böhrnsen* vor allem die SPD betroffen, bei der das Verhältnis von Listen- zu Personenstimmen ungefähr bei eins zu eins lag. Dadurch konnten sich bei der SPD besonders viele Bewerber mit Hilfe von Personenstimmen auf Kosten von Kandidaten mit vermeintlich sicheren Listenplätzen durchsetzen und ein Mandat erringen. Vor diesem Hintergrund wurde in der Kommentierung des Wahlergebnisses mehrfach hervorgehoben, dass das neue Wahlrecht offensichtlich die beabsichtigte Wirkung erfüllt habe – nämlich dem Wunsch der Wähler, mehr Einfluss auf die Auswahl der Abgeordneten zu nehmen, zur Geltung zu verhelfen.

Ein genauerer Blick auf die Sitzverteilung fördert jedoch einige problematische Aspekte zutage. Bei der SPD hatte das neue Wahlrecht einen – wenn auch moderaten – negativen Effekt auf das Verhältnis von gewählten Frauen und Männern. Die SPD-Kandidatinnen erzielten nach dem neuen Personenstimmrecht zwei Mandate weniger als es nach dem alten Listenwahlrecht, bei der die Quotierungsregeln der Parteien nicht durch das Stimmverhalten ausgehebelt werden konnten, der Fall gewesen wäre. Bei allen Parteien erlitten Frauen bei den Listenverschiebungen nach Personenstimmen deutlich mehr Listenplatzverluste als Männer. Wie eine Analyse des Sitzzuteilungsmechanismus zeigt, kommt es durch das neue Wahlrecht außerdem zu paradoxen und zweifelhaften Effekten.²⁸ So ist die Anzahl von Listenstimmen, die man durchschnittlich für die Erringung eines Parlamentssitzes braucht, um ein Vielfaches höher als die entsprechende Anzahl von Personenstimmen zum Erwerb eines Mandats.²⁹ Solche Effekte verdanken sich der Tatsache, dass zunächst die Summe der Listen- und Personenstimmen der Mandatsberechnung zugrunde gelegt wird. Im zweiten Schritt wird das Verhältnis von Listen- zu Personenstimmen bestimmt. In diesem Zusammenhang kommt es zu einer ersten Fremdverwertung der Personenstimmen, weil alle für eine Liste abgegebenen Personenstimmen – also auch solche, die für Kandidaten abgegeben wurden, die bereits über einen Listenplatz in das Parlament einziehen – über das Verhältnis

26 Vgl. ebenda, S. 23.

27 Vgl. *Bernd Schneider*, An der Liste vorbei ins Parlament, in: *Weser Kurier* vom 26. Mai 2011, S. 7.

28 *Valentin Schröder*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen, hat zu diesem Themen einen Beitrag für den Forschungsbericht verfasst, den eine Projektgruppe der Universität zum neuen Wahlrecht für die Bürgerschaft ausgearbeitet hat (siehe auch Fn. 23).

29 So reichten in mehreren Fällen circa 1.100 Personenstimmen, um ein Mandat zu erwerben.

von Listen- und Personenmandaten entscheiden. Wenn dann, wie im Bremer Wahlrecht, in der weiteren Unterverteilung erst die Listen- und danach die Personenmandate vergeben werden, kann das im Extremfall dazu führen, dass Personenstimmen für einen Kandidaten sogar zu seinem Nachteil wirken und seinen Einzug über die Liste in die Bürgerschaft verhindern. Für den Wähler ist jedenfalls kaum zu durchschauen, wie sich seine Stimmabgabe für Personen letzten Endes auf die Zuteilung der Mandate nach Listen- und Personenstimmen auswirkt. Diese Fehlkonstruktion des Verrechnungsmechanismus des neuen Bremer Wahlrechts bedarf der weiteren Diskussion und möglicherweise der Korrektur, um die guten Intentionen des neuen Wahlrechts nicht zu konterkarieren.

5. Die Regierungsbildung und die Formierung der Opposition

Aufgrund des klaren Wahlergebnisses war die Regierungsbildung eigentlich nur noch eine Formsache. Bevor es jedoch zu Koalitionsverhandlungen kam, sorgte der grüne Senator und zweite Spitzenkandidat auf der Liste der Grünen, *Reinhard Loske*, für einen Paukenschlag. Drei Tage nach der Wahl teilte er der Öffentlichkeit in einer persönlichen Erklärung mit, dass er dem „nächsten Senat nicht mehr angehören“ und auch „sein Bürgerschaftsmandat nicht annehmen“ werde.³⁰ Die Hintergründe seines Verzichts blieben im Dunkeln. Allerdings wurde sein Satz in der persönlichen Erklärung, dass er seiner Partei „einen Kurs der Eigenständigkeit gegenüber dem Koalitionspartner“ wünsche, so interpretiert, dass er – anders als die grüne Finanzsenatorin *Linnert* – eine stärkere Abgrenzung zum Koalitionspartner befürwortet hätte. Außerdem fühlte er seine Arbeit von den lokalen Medien, der Handlungskammer und auch Teilen der grünen Partei offensichtlich nicht ausreichend gewürdigt.³¹ Für die Grünen bedeutete sein Verzicht, dass sie während der Koalitionsverhandlungen auf die Suche nach einem neuen Umwelt- und Verkehrssenator gehen mussten. Ohnehin gab es in der Öffentlichkeit vor allem Spekulationen über die Ressortverteilung. Dabei interessierte man sich besonders für die Frage, ob die aus der Wahl gestärkt hervorgegangenen Grünen ein drittes Ressort beanspruchen würden.³²

Nach dem von *Böhrnsen* ausgegebenen Motto „Erst die Themen, dann die Ressortzuschnitte, dann erst die Personen“³³ wurden für die Koalitionsverhandlungen sechs Sitzungstermine vom 30. Mai bis zum 15. Juni angesetzt. Die neue Regierung sollte auf jeden Fall vor der parlamentarischen Sommerpause stehen. Zu den wichtigsten Verhandlungsthemen zählten Finanzen, Arbeit und Soziales, Wirtschaft und Häfen, Umwelt, Bau und Verkehr, Inneres, Justiz und Bürgerbeteiligung sowie zum Abschluss Personalfragen. Größere Konflikte zeichneten sich nicht ab. Nur die von den Grünen favorisierte und von der SPD abgelehnte City-Maut sorgte für etwas Konfliktstoff. Die Verhandlungskommissionen konnten sich jedoch in den meisten inhaltlichen Politikfeldern relativ schnell einigen. In den

30 Pressemitteilungen der Pressestelle des Bremer Senats vom 25. Mai 2011: Persönliche Erklärung von *Reinhard Loske*.

31 Vgl. *Rainer Kabbert*, Rückzug nach zu viel Dissens, in: *Weser Kurier* vom 27. Mai 2011, S. 8.

32 Vgl. *Wigbert Gerling*, Koalitionsverhandlungen nach der Bürgerschaftswahl – Personalfrage spielt große Rolle, in: *Weser Kurier* vom 31. Mai 2011, S. 7.

33 *Thomas Kuzaj*, Mehrere Runden bis zum Finale, in: *kreiszeitung.de* vom 30. Mai 2011, <http://www.kreiszeitung.de/nachrichten/bremen/mehrere-runden-finale-1263345.html> (Abruf am 2. Juni 2011).

Koalitionsvertrag wurden unter anderem folgende Ziele aufgenommen: Personaleinsparungen zur Fortsetzung eines strikten Sparkurses, Investitionen in eine ökologischen Energie- und Verkehrspolitik, Förderung des Mittelstandes, der maritimen Wirtschaft und des Tourismus sowie ein Ausbau der Kinderbetreuung und eine Verbesserung der Situation sozial benachteiligter Stadtteile. Ganz in diesem Sinne wurde die Präambel des Koalitionsvertrages unter das Motto gestellt: „Wirtschaftlich stark, ökologisch und sozial gerecht.“³⁴

In der Endphase kamen die Koalitionsverhandlungen etwas ins Stocken, als es um die Ressortaufteilung ging.³⁵ Die Grünen forderten, wie erwartet, ein drittes Senatsressort. Eine Vergrößerung des Senats war ausgeschlossen, da sich *Böhrnsen* und *Linnert* schon vor der Wahl darauf festgelegt hatten, dass es im Falle eines Wahlsieges aus Spargründen bei sieben Ressorts bleiben würde. Weil Inneres, Wirtschaft und Häfen sowie Bildung und Wissenschaft für die SPD aus personellen Gründen nicht zur Disposition standen, konzentrierte sich die Auseinandersetzung auf die Aufgabenbereiche Arbeit, Soziales, Frauen, Jugend und Gesundheit, die vorher in einem von der SPD geleiteten Ressort zusammengefasst waren. Letzten Endes konnten die Grünen der SPD ein drittes Senatsressort abtrotzen. Die Aufgabenbereiche Soziales, Jugend und Frauen aus dem vorherigen Mammutressort gingen an die Grünen, während die anderen Aufgabenbereiche auf SPD-Senatoren aufgeteilt wurden.³⁶ Dass die SPD-Verhandlungskommission den Grünen den Bereich Soziales abtrat, sorgte für reichlich Zündstoff in der SPD, wurde aber von den Delegierten des Landesparteitags, die über den Koalitionsvertrag abstimmten, letztlich zähneknirschend akzeptiert.³⁷ Die Grünen dagegen feierten ihren Verhandlungserfolg. Auf ihrer Mitgliederversammlung, die den Koalitionsvertrag bei wenigen Gegenstimmen billigte, sagte die Landesvorsitzende *Susan Ella-Mittrenga*: „Durch den Vertrag zieht sich ein langer, starker, grüner Faden.“ Und mit Blick auf die Besetzung des Sozialressorts fügte sie hinzu: „Mit diesem Ressort ist es uns gelungen, eine politische Schnittstelle zu besetzen.“³⁸ Kurz vor Ende der Koalitionsverhandlungen waren die Grünen auch bei der Suche nach einem neuen Umwelt- und Verkehrssenator fündig geworden. Nachfolger von *Reinhard Loske* wurde *Joachim Lohse* aus Kassel, der dort Erfahrungen als Stadtbaurat gesammelt hatte.

Nachdem am 28. Juni der Koalitionsvertrag unterzeichnet worden war, wurde am 30. Juni der neue Senat von der Bürgerschaft gewählt. Während *Jens Böhrnsen* alle 57 Stimmen der Abgeordneten der Koalitionsparteien auf sich vereinen konnte, erhielt die SPD-Bildungs- und Wissenschaftssenatorin *Renate Jürgens-Pieper* nur 52 Stimmen. Für eine Überraschung sorgte das Stimmergebnis der neuen grünen Sozialsenatorin *Anja Stahmann*, die mit 63 Stimmen auch Zuspruch aus den Reihen der Opposition erfuhr und das beste Ergebnis erzielte.

Während die Regierungsbildung zwischen den siegreichen Koalitionsparteien weitgehend reibungslos über die Bühne ging, nahmen die Auseinandersetzungen in den Oppositionsparteien auch nach der Wahl kein Ende. In der CDU gipfelte die Kritik am Wahl-

34 Der Koalitionsvertrag kann unter <http://www.rathaus.bremen.de> heruntergeladen werden.

35 Vgl. *Michael Brandt* / *Wigbert Gerling*, Der neue Bremer Senat steht fest, in: *Weser Kurier* vom 16. Juni 2011, S. 9.

36 Vgl. ebenda.

37 Vgl. *Michael Brandt*, SPD streitet über Verlust des Sozialressorts, in: *Weser Kurier* vom 20. Juni 2011, S. 8.

38 Zitiert nach *ders.*, Grüne besiegeln Regierungsbündnis, in: *Weser Kurier* vom 28. Juni 2011, S. 7.

<i>Tabelle 6: Mitglieder des Senats der Freien Hansestadt Bremen in der 18. Wahlperiode</i>		
Bürgermeister und Präsident des Senats Senator für Kultur Senator für kirchliche Angelegenheiten	<i>Jens Böhrnsen</i>	SPD
Bürgermeisterin Senatorin für Finanzen Senatskommissarin für den Datenschutz	<i>Karoline Linnert</i>	Bündnis 90/ Die Grünen
Senator für Inneres und Sport	<i>Ulrich Mäurer</i>	SPD
Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit	<i>Renate Jürgens-Pieper</i>	SPD
Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	<i>Anja Stahmann</i>	Bündnis 90/ Die Grünen
Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<i>Joachim Lobse</i>	Bündnis 90/ Die Grünen
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Senator für Justiz und Verfassung	<i>Martin Günthner</i>	SPD
Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa Staatsrätin für Bundesangelegenheiten, Europa und Integration*	<i>Eva Quante-Brandt</i>	SPD
* <i>Eva Quante-Brandt</i> ist zwar keine Senatorin, aber als Bevollmächtigte beim Bund und für Europa im Range einer Staatsrätin stimmberechtigtes Mitglied im Senat. Quelle: Eigene Zusammenstellung.		

kampf des Landes- und Fraktionsvorsitzenden *Thomas Röwekamp* in der Forderung nach seinem Rücktritt. Schließlich wurde eine Kommission eingesetzt, die den Auftrag hatte, die verheerende Wahlniederlage aufzuarbeiten. Diese machte außer dem schlechten Bundestrend für die CDU auch viele hausgemachte Fehler für die Wahlniederlage verantwortlich. *Thomas Röwekamp* und *Rita Mohr-Lüllmann*, die im Wahlkampf noch einvernehmlich zusammengearbeitet hatten, sind inzwischen zu Konkurrenten bei der Bewerbung um den Landesvorsitz der CDU geworden. Es zeichnet sich jedenfalls ab, dass die Opposition auf absehbare Zeit weit davon entfernt ist, den mit einer Zweidrittelmehrheit regierenden Koalitionsparteien aus SPD und Grünen gefährlich werden zu können.

5. Zusammenfassung

- (1) Trotz der Zunahme der Verschuldung Bremens, einer relativ hohen Arbeitslosigkeit und vieler sozialer Probleme bewerteten die Wähler die Arbeit der Koalitionsparteien SPD und Grüne in der vorangegangenen Wahlperiode überwiegend positiv. Für beide Parteien zahlte sich aus, dass sie ohne größere Koalitionskrisen miteinander regierten und geschlossen in den Wahlkampf zogen. Anders stellte sich die Situation bei den Oppositionsparteien CDU, FDP und Die Linke dar, heillos zerstritten waren und sich den Wählern nicht als Alternative anboten. Es fehlte deshalb jegliche Wechselstimmung und Spannung vor der Wahl. Nur das neue Bremer Wahlrecht mit fünf Stimmen und der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens sorgte für einige Aufmerksamkeit.
- (2) Die SPD verknüpfte im Wahlkampf ihr soziales Profil mit Wirtschaftskompetenz und warb vor allem mit ihrem Spitzenkandidaten *Jens Böhrnsen*. Als stärkste Oppositions-

partei schickte die CDU mit *Rita Mohr-Lüllmann* zum ersten Mal eine Frau ins Rennen um die Position des Bürgermeisters. Inhaltlich setzten Union und FDP im Wahlkampf vor allem die Finanz- und Wirtschaftspolitik auf die Tagesordnung. Die Grünen fokussierten ihren Wahlkampf auf eine ökologische Verkehrs- und Energiepolitik sowie eine nachhaltige Finanzpolitik, während die Linke die sozialen Probleme in vielen Bremer Stadtteilen zum Thema machte.

- (3) Das Wahlergebnis stellt einen Triumph für die Koalitionsparteien dar, die beide aus der Regierung heraus zulegen konnten und mit 57 von 83 Mandaten eine Zweidrittelmehrheit erzielten. Gewinner waren mit 22,5 Prozent vor allem die Grünen, die zum ersten Mal in einem Bundesland die CDU auf den dritten Platz verwiesen. Aber auch die SPD konnte, nicht zuletzt dank ihres Spitzenkandidaten *Böhrnsen*, hinzugewinnen. Verlierer waren alle Oppositionsparteien, die vom Wähler geradezu „abgewählt“ wurden und zusammen 11,6 Prozentpunkte einbüßten. Die Wahlbeteiligung sank erneut und fiel mit 55,5 Prozent auf ein historisches Tief bei Bürgerschaftswahlen in Bremen.
- (4) Das neue Wahlrecht sorgte für einige überraschende Effekte. Es wurde auf jeden Fall von den Wählern angenommen: Circa 70 Prozent kumulierten ihre Stimmen und circa 30 Prozent nutzten die Möglichkeit zu kumulieren und zu panaschieren. Zum Teil kam es zu gravierenden Veränderungen durch die Personenstimmen, die die Wähler vergeben konnten. In einzelnen Fällen konnten Kandidaten bis zu 41 Plätze auf der jeweiligen Parteiliste gut machen. Aufgrund ihrer Personenstimmen und des Sitzzuteilungsmechanismus setzten sich bei allen Parteien Bewerber durch, die nach dem alten reinen Listenwahlrecht mit starrer Liste keine Chance gehabt hätten, ein Mandat zu erwerben. Allerdings zeigt eine genauere Analyse auch äußerst problematische Effekte. Vor allem in statusschwachen Ortsteilen lag die Zahl der ungültigen Stimmen mit bis zu sechs Prozent sehr hoch. Das neue Wahlrecht bedarf weiterer Diskussion, da im Extremfall aufgrund der hohen Fremdverwertung von Personenstimmen diese für einen Bewerber sogar zu seinem Nachteil ausfallen können.
- (5) Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und den Grünen verliefen weitgehend harmonisch. Schwieriger war der Prozess der Regierungsbildung in Bezug auf das Personaltableau. Zunächst überraschte der grüne Umwelt- und Verkehrssenator *Reinhard Loske* die Öffentlichkeit mit seinem Rückzug kurz nach der Wahl. Des weiteren entpuppte sich der Anspruch der stärker gewordenen Grünen auf ein drittes Senatsressort im neuen Senat als ein Konfliktpunkt. Trotz vehementer Kritik aus den Parteigliederungen der Bremer SPD konnten die Grünen der SPD letzten Ende ein neu zugeschnittenes Ressort mit den Aufgabenbereichen Soziales, Kinder, Jugend und Frauen abtrotzen, so dass am 30. Juni 2011 der neue Senat gewählt werden konnte.
- (6) Die Oppositionsparteien kamen auch nach der Wahl nicht zur Ruhe und führten ihre parteiinternen Streitigkeiten fort. Während die FDP mit einem Wahlergebnis von 2,4 Prozent in die Bedeutungslosigkeit versank, brach in der CDU eine Führungskrise aus, die in dem Ruf nach Rücktritt des Landes- und Fraktionsvorsitzenden *Thomas Röwekamp* mündete. Nach einer ausführlichen parteiinternen Wahlanalyse soll nun in einer Mitgliederbefragung der oder die zukünftige Landesvorsitzende bestimmt werden. Dabei treten *Röwekamp* und seine vormals enge Mitstreiterin *Rita Mohr-Lüllmann* als Konkurrenten gegeneinander an.